

ANTRAG

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Demokratie stärken – Desinformation gezielt entgegenwirken

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Gezielte Desinformationskampagnen stellen eine erhebliche Bedrohung für die Demokratie dar.
 - a) Falschmeldungen, die Analyse von Nutzerinnen- und Nutzerdaten und die gezielte Ansprache von besonders empfänglichen Menschen wirkten sich entscheidend auf den Ausgang des Brexit-Referendums im Jahr 2016 in Großbritannien aus. Eine erhebliche Rolle spielten dabei die Datenanalyse-Unternehmen Cambridge Analytica und AggregateIQ.
 - b) Die US-Sicherheitsbehörden wiesen am Tag vor der Präsidentschaftswahl darauf hin, dass ausländische Kräfte versuchen würden, das öffentliche Vertrauen in die Integrität der Wahlen zu unterminieren. Vor allem Influencer, die mit Russland in Verbindung stünden, fabrizierten Videos und Artikel, die die Legitimität der Wahl in Frage stellten und Zweifel am Wahlprozess schürten.
 - c) Während der Covid-19-Pandemie ab 2020 waren massive Desinformationskampagnen über Impfungen, die Ursprünge des Virus und alternative Behandlungsmethoden zu beobachten. Verschiedene Akteure, darunter zivilgesellschaftliche Gruppierungen, aber auch ausländische Staatsmedien nutzten Social-Media-Plattformen, um Falschinformationen zu verbreiten und das öffentliche Vertrauen in die Wissenschaft und die Maßnahmen der Gesundheitsbehörden zu erschüttern.

- d) Der Krieg Russlands gegen die Ukraine wird auch im Internet geführt, insbesondere in den sozialen Medien. Zu Beginn des Jahres hat das Auswärtige Amt eine Desinformationskampagne aus Russland auf der Online-Plattform X (ehemals Twitter) aufgedeckt, bei der 50 000 gefälschte Nutzerkonten und Deepfakes millionenfach eingesetzt wurden, um die Bundesregierung zu diskreditieren und das Vertrauen in die Demokratie zu erschüttern.
2. Medien spielen eine zentrale Rolle in demokratischen Meinungsbildungsprozessen. Die Verbreitung von Desinformation, insbesondere in Wahlkampf- oder Krisenzeiten, kann eine informierte öffentliche Meinungsbildung gefährden und das Vertrauen in demokratische Institutionen untergraben.
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert, in enger Zusammenarbeit mit der Landesmedienanstalt, der Landeszentrale für politische Bildung und dem Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit eine nachhaltige und langfristige Strategie gegen Desinformation zu entwickeln und umzusetzen.
- Diese Strategie soll insbesondere die folgenden Maßnahmen umfassen:
1. Öffentliche Informationskampagnen
Es wird eine landesweite Informationskampagne zur Aufklärung über Desinformation entwickelt. Diese soll auch durch Plakate auf Werbeflächen im öffentlichen Raum, etwa im ÖPNV, realisiert werden. Zudem wird eine zielgerichtete Social-Media-Kampagne konzipiert, die auf die gängigsten Plattformen ausgerichtet ist.
 2. Effektive Beobachtung und Analyse verfassungsfeindlicher Akteurinnen und Akteure
Die Beobachtung und Analyse von verfassungsfeindlichen Akteurinnen und Akteuren im öffentlichen Raum, die Desinformation gezielt zur Manipulation des öffentlichen Diskurses einsetzen, soll künftig einem unabhängigen und auf der Grundlage öffentlich zugänglicher Quellen arbeitenden wissenschaftlichen Institut übertragen werden. Der Landtag beauftragt die Landesregierung, ein Konzept für die Organisation und Finanzierung eines solchen Institutes vorzulegen.
 3. Förderung von Medienkompetenzprojekten
Die Förderung innovativer Pilotprojekte und bestehender zivilgesellschaftlicher Initiativen im Bereich der Medienkompetenzbildung wird neu konzipiert und ausgebaut, um der Bevölkerung gezielt Angebote für die Entwicklung eines kompetenten Umganges mit Desinformation zu unterbreiten.
 4. Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen
Zivilgesellschaftliche Organisationen in Mecklenburg-Vorpommern, die sich der Aufklärung und Bekämpfung von Desinformation widmen, erhalten verstärkte Unterstützung.
 5. Fortbildung der Landesverwaltung
Alle Mitarbeitenden in der Landesverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern werden regelmäßig in Bezug auf Desinformation sensibilisiert und geschult. Darüber hinaus werden fortlaufende Schulungen zur IT-Sicherheit angeboten, um der Bedrohung durch Desinformation und Cyberangriffe zu begegnen.

6. Stärkung bestehender Institutionen

Die Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern wird zu einer Koordinierungs-, Fort- und Weiterbildungs- sowie Förderinstitution für außerschulische Medienkompetenzvermittlung in Mecklenburg-Vorpommern ausgebaut. Der Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung wird präzisiert, damit diese weitere Projekte gegen Desinformation entwickeln und umsetzen kann. Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit wird in seiner Rolle gestärkt, den Missbrauch von Daten einzudämmen, die zur Verbreitung von Desinformationen verwendet werden.

7. Stärkung der Polizei zur Bekämpfung von Desinformation

Die Fähigkeit der Landespolizei und insbesondere des Landeskriminalamtes zur Verfolgung von im Zusammenhang mit Desinformationskampagnen im Internet begangenen Straftaten einschließlich der Volksverhetzung nach § 130 des Strafgesetzbuches (StGB), der üblen Nachrede nach § 186 StGB, dem Verbreiten falscher Drohungen nach § 126 StGB und der Verbreitung gefälschter Beweismittel nach § 269 oder § 267 StGB wird ausgebaut.

8. Engagement auf Bundes- und EU-Ebene

Die Landesregierung setzt sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür ein, Social-Media-Plattformen nachhaltig in die Verantwortung zu nehmen. Insbesondere sollen die mit dem Gesetz über digitale Dienste neu eingerichteten Instrumente vollumfänglich nutzbar gemacht werden, um gegen Desinformation vorzugehen.

9. Berichtspflicht

Dem Ausschuss für Inneres, Bau und Digitalisierung und dem Ausschuss für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten wird bis zum 30. Juni 2025 ein Bericht über die bis dahin ergriffenen und die weiteren geplanten Maßnahmen vorgelegt.

Constanze Oehlich und Fraktion

Begründung:

Zu Ziffer I

Gezielte Desinformationskampagnen bedrohen Freiheit und Demokratie, indem sie das Vertrauen in Institutionen und die Meinungsbildung untergraben. Beispiele wie der Missbrauch von Daten im Brexit-Referendum, die Verbreitung von Fake News bei den US-Wahlen, Desinformation während der Covid-19-Pandemie und auch staatlich gesteuerte Propaganda im Ukraine-Krieg zeigen die weitreichenden Folgen solcher Kampagnen. Besonders durch technische Manipulationen wie Deepfakes und gefälschte Nutzerkonten wird die öffentliche Meinung gezielt beeinflusst, was demokratische Prozesse und den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet.

Der Einsatz staatlich geförderter Desinformationskampagnen zur Manipulation der öffentlichen Meinung und die Verbreitung von Propaganda verdeutlichen, wie autoritäre Regime digitale Medien nutzen, um Demokratien zu destabilisieren. Eine informierte Öffentlichkeit ist die Grundlage einer funktionsfähigen Demokratie. Ohne einen Schutz vor gezielter Desinformation droht der Verlust faktenbasierter Meinungsbildung und ein Verlust des Vertrauens in demokratische Institutionen.

Zu Ziffer II

Eine nachhaltige Strategie ist notwendig, um Desinformation systematisch und langfristig entgegenzuwirken. Die im Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen adressieren dieses Ziel umfassend und auf mehreren Ebenen:

1. Aufklärung und Information:

Aufklärungskampagnen über die Mechanismen und Gefahren von Desinformation erhöhen das Bewusstsein in der Bevölkerung. Die Nutzung von Plakaten im öffentlichen Raum und Social Media gewährleistet eine zielgruppenspezifische Ansprache und eine breite Reichweite.

2. Analyse und wissenschaftliche Begleitung:

Ein unabhängiges wissenschaftliches Institut schafft die Grundlage für eine fundierte Beobachtung und Analyse von Desinformationskampagnen. Es identifiziert Akteurinnen und Akteure, untersucht deren Methoden und liefert belastbare Handlungsempfehlungen.

3. Stärkung der Medienkompetenz:

Die Förderung bestehender und neuer Medienkompetenzprojekte stärkt die Fähigkeit der Bevölkerung, Desinformation zu erkennen und kritisch einzuordnen. Besonders innovative Ansätze und zivilgesellschaftliche Initiativen sollen unterstützt werden, um eine möglichst große Bandbreite an Zielgruppen zu erreichen.

4. Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure:

Zivilgesellschaftliche Organisationen leisten einen essenziellen Beitrag bei der Bekämpfung von Desinformation und verdienen verstärkte Unterstützung, um ihre Reichweite und Effektivität zu erhöhen.

5. Sensibilisierung der Landesverwaltung:

Mitarbeitende der Landesverwaltung stehen oft im Fokus von Desinformationskampagnen. Regelmäßige Schulungen zur Erkennung und Abwehr solcher Angriffe sowie zur IT-Sicherheit sind essenziell, um die Verwaltung zu schützen und ihre Handlungsfähigkeit zu gewährleisten.

6. Stärkung der bestehenden Institutionen:

Die Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern wird zu einer zentralen Koordinierungsstelle für außerschulische Medienkompetenz und die Bekämpfung von Desinformation ausgebaut. Die Landeszentrale für politische Bildung erhält einen präzisierten Auftrag, um Projekte gegen Desinformation gezielt zu entwickeln. Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit wird gestärkt, um den Missbrauch von Daten zur Verbreitung von Desinformation einzudämmen.

7. Ausbau der Polizeikompetenzen:

Die Fähigkeit der Landespolizei, strafbare Handlungen im Zusammenhang mit Desinformation zu verfolgen, muss gestärkt werden. Sie spielt eine Schlüsselrolle bei der Abwehr strafbarer Desinformationskampagnen, insbesondere dann, wenn sie gezielt zur Destabilisierung der Gesellschaft, zur Verbreitung von Hass oder zur Begehung anderer Straftaten eingesetzt werden.

8. Engagement auf Bundes- und EU-Ebene:

Die Landesregierung soll sich auf nationaler und europäischer Ebene für klare Regelungen einsetzen, die Social-Media-Plattformen stärker in die Verantwortung nehmen. Das neue Gesetz über digitale Dienste bietet hierfür wichtige Instrumente, die konsequent genutzt werden müssen.

9. Die vorgeschlagenen Maßnahmen bilden ein umfassendes Paket, mit dem Desinformation entschlossen begegnet und die Resilienz der Demokratie nachhaltig gestärkt werden kann. Ein Bericht über die ergriffenen Maßnahmen und erzielten Fortschritte stellt Transparenz und eine kontinuierliche Optimierung der Maßnahmen sicher.